

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7103.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattens Nr. 654-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7103.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 2.— monatlich, M. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobriefe. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabevertriebe in allen Teilen der Stadt; in die dortigen Ausgabevertriebe und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger und die Post.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: M. 1.— für deutsche Anzeigen; M. 1.50 für auswärtige Anzeigen; M. 4.00 für farbige Anzeigen; M. 5.00 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderlicher Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Anzeigen-Anzahl: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Samstag, 20. März 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 135. + 68. Jahrgang.

Die Lage im Reich.

(Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.)

Br. Berlin, 19. März.

Aber die Lage im Reich liegen, wie wir von Regierungsseite erfahren und selbst durch Erkundigungen im Reich festgestellt haben, folgende Nachrichten vor: In einem Teile Mitteldeutschlands und dem westfälischen Industriegebiet läuft die Entwicklung auf die Bildung der Räterepublik hinaus. In einzelnen Städten ist es bereits zur Ausrufung der Räterepublik gekommen. Hand in Hand damit geht eine Ausbreitung der bolschewistischen Bewegung, die fast überall zu schweren Ausschreitungen des bewaffneten Proletariats gegen die Bürgerwehr und zu Plünderungen und schweren Sabotageakten geführt hat. In Ost- und Westfalen sind die Anschläge des bewaffneten Proletariats gegen öffentliche Gebäude statt. Es gelang den Arbeitern, die Post zu besetzen. Bei einem Versuch, der Reichswehr, das Gebäude des Reiches zu besetzen, wurden sechs Arbeiter verwundet. Viele Städte Thüringens sind von dem Verleth abgekommen, so z. B. Erfurt. In Erfurt hat sich ein kommunistischer Rat gebildet, das allerdings versucht, für den Abbruch des Generalstreiks zu sorgen. In Halle ist der Generalstreik noch nicht abgebrochen worden. In Longena und in Mühlhausen in Thüringen haben schwere Kämpfe zwischen Reichswehr und Arbeiterwehr stattgefunden. In letzterem Orte stürmte man in zwei Angriffen die Kaserne. Was Dresden und Leipzig angeht, so ist es nach Mitteilungen des Abgeordneten Bradauer dort etwas ruhiger geworden. Seit Montag ist es in Dresden zu keinem größeren Zusammenstoß mehr gekommen; in Leipzig wurde zwischen den Führern der Arbeiterwehr und der Regierung eine Waffenruhe abgeschlossen. Das Militär steht überall auf Seiten der Regierung. Teilweise verkehren die Eisenbahnen im Reich wieder. Auffällig und im Gegensatz zu dieser Meldung ist die Tatsache, daß der Fernverkehr mit Leipzig seit gestern vollständig unterbrochen ist. Chemnitz ist völlig in der Hand des Proletariats. Die Arbeiterwehr verfügt über 3000 Gewehre. Da sie Herr der Lage ist, haben bereits gestern Verhandlungen über Aufhebung des Generalstreiks stattgefunden. Das Ende des Streiks wird heute erwartet. Bedeutend stärker ist die Lage im westlichen Westfalen anzusehen. Der ganze Bezirk Gelvesfeld und Barmen ist ein geschlossener Komplex des bewaffneten Proletariats. Dieser Komplex reicht bis gegen Völsung, wie nach Erfurt, wo gestern mittag bereits der allgemeine Aufbruch erwartet wurde. In Herford-Hattlinghausen werden in roten Werksbetrieben sämtliche Proletarier im Alter von 20 bis 45 Jahren bewaffnet. Rüstung wird durch amariierende rote Truppen bedroht. Fast überall verfügen die Arbeiter über Waffen in großen Mengen. Selbst Artillerie und Minenwerfer stehen ihnen zur Verfügung. Die Ausrufung der Räterepublik wird nach all diesen Umständen nur noch als eine Frage von Stunden angesehen. Ruhe herrscht in Düsseldorf; in Duisburg hat man sie noch einigen Kämpfen wiederhergestellt. Wie aus Westfalen vollkommen Ruhe und es hat sich zur Abwehr der kommunistischen Pläne von den Deutschnationalen bis zu den Umhängigen eine Einheitsfront gebildet, die die Aufgabe hat, dem vordringenden Bolschewismus zu begegnen. Die Belegschaft in diesen Bezirken sind gestern zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert worden und man hofft, daß sie heute die Arbeit beginnen. In Frankfurt a. M. ist der Generalstreik vor dem Erlöschen. Aus dem übrigen Reich liegen noch Meldungen vor, z. B. daß in Magdeburg Ruhe herrscht, bedauerlich in Breslau. Hier hat Herr v. Neffel, der das Oberpräsidium übernommen hatte, das Amt wieder dem früheren Präsidenten übergeben. Zurzeit finden dort Verhandlungen mit Arbeitervertretern statt, die auf die Beendigung des Generalstreiks hinführen. Sehr verschieden ist die Lage in Süddeutschland. Letzter Nachrichten besagen, daß die monarchistische Bewegung in den letzten Tagen starken Zuspruch erhalten hat, namentlich in Bayern. Bei der Bildung des neuen Ministeriums haben die nationalen Parteien unweifelhaft einen Sieg errungen. Die Sozialisten lehnen die Beteiligung an dem neuen Ministerium ab, weil ihre Forderungen, n. a. die Auflösung der Reichswehr, nicht erfüllt wurden. In anderen Teilen Bayerns haben sich dagegen heftige Kämpfe abspielte, so in Nürnberg, wo sie mit dem Erfolg der Truppen endeten. Die Verluste der Arbeiterkraft betragen 8 Tote und 13 Verwundete. In der Stadt Hof hat man die Räterepublik ausgerufen. In Baden ist es allgemein ruhig, nur in Freiburg kam es zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und dem Vöbel. In den Städten Norddeutschlands herrscht im allgemeinen Ruhe. Die Nachrichten sind ununterbrochen erschienen. Das Militär steht fast überall hinter der Regierung. In Bremerhaven herrscht ein unabhängiger Arbeiterrat die Stadt. In Stettin ist die Lage aufricht gespannt, da hier der Generalstreik fortanert. Man hat von dort aus die Entsendung von Regierungskommissaren erbeten, welche die Verhandlungen unterstützen sollen. Die Vulkanwerke in Stettin haben in ihrem Betrieb die Räterepublik ausgerufen. Die Arbeiter verfügen über Waffen in Mengen, sogar über Panzerautomobile, und haben sich in ihren Fabriken verschanzt. Die Lage in Mecklenburg wird als ernst angesehen. Da sich der Landarbeiterstreik verschärft hat. In einzelnen Stellen ist es bereits zu Plünderungen und Gewalttaten gekommen. In Rostock wurde eine Kompanie Freiwiliger von der Arbeiterwehr entworfen.

W. T. B. Chemnitz, 19. März. (Drahtbericht.) Der Generalstreik ist in allen Orten des Erzgebirges, des Vogtlands und Nordostsachsens durchgeführt. Zusammenstöße mit Konterrevolutionären gab es in Gera, in Plauen i. B. und in Pörsch. Im Erzgebirge und im Vogtlande haben die Arbeiter die Nacht in den Händen. Der Generalstreik wird am Donnerstagabend beendet.

W. T. B. München, 19. März. (Drahtbericht.) Aber die Vorgänge in Nürnberg sagte Ministerpräsident von Scheer in der heutigen Sitzung des bayerischen Landtags, republikanische Ratessabteilungen in Stärke von 1200 bis 1400 Mann seien am 17. März, morgens, auf der Insel Schütt bewaffnet erschienen. Um die Mittagsstunde hätten Matrosen am Königsplatz aus den Häusern auf eine Abteilung der Reichswehr geschossen und mehrere Fußgänger getötet oder verwundet. Es weitere Reichswehrtruppen erschienen, sei es zu einem Tumult gekommen. Es habe 23 Tote und 50 Schwerverletzte gegeben. Reichswehr und Polizei sei jetzt Herr der Lage. Nach einem nachmittags eingelaufenen Telegramm sei die Lage in Nürnberg ruhig.

W. T. B. München, 19. März. (Drahtbericht.) Zwischen der Führer der sogenannten roten Garde, die besonders aus den Arbeitern des Lechsteeder Braunkohlensievers gebildet ist, und den Garnisonältesten ist es zu einer Einigung gekommen.

Aus Bayern.

W. T. B. München, 19. März. (Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Landtags wurde Abg. Königbauer (Bay. Sp.) zum Präsidenten des Landtags und Abg. Frhr. v. Dallerstein (Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

Der Eisenbahnverkehr.

Br. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Was die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs angeht, so wird an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß der Verkehr in den Direktionsbezirken Katowitz, Breslau und Kassel in vollem Umfang durchgeföhrt wird, dagegen steht er noch in einzelnen Teilen des Reiches. Der Fernverkehr von und nach Berlin bleibt weiter eingestellt, da der Streik noch andauert.

Ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung.

W. T. B. Berlin, 19. März. (Drahtbericht.) Die Reichsregierung (Gen. Schiffer) erlät folgenden Aufruf an die Berliner Bevölkerung: Rat- und Hass ist in wenigen Tagen der Bahnsinnsaufbau der Militärdiktatur zusammengebrochen, zerfällt an dem tiefsten Widerstand des deutschen Volkes. Überall lobert der Joch der Empörung auf. Wie ein Mann erhoben sich Arbeiter, Angestellte und Beamte gegen die verbrecherischen Abenteurer, die mit einer Handvoll Betrüger und Verführer den Wiederaufbau des neuen freien Deutschlands gerade in dem Augenblick vernichten wollten, in dem die ersten Anfänge einer langerechneten Besserung sich zeigten. Das soll unseren Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht vergessen werden. Unermüdlich sind die Schanden, die das Verbrechen unserer Wirtschaftselben geschlagen hat. Schwer wird gerade die arbeitende Klasse die Verzögerung treffen, welche die Verabschiedung der nahezu fertiggestellten Verhandlungen erfährt. Es ist nicht die Zeit zu klagen. Sind wir auch um Monate zurückgeworfen, wir können und dürfen nicht locker lassen. Es gilt die Fäden zusammenzubinden und sofort wieder an die Arbeit zu gehen. Alle Sicherheiten werden geschaffen werden, die nötig sind, um ein für allemal die Wiederehrung eines solchen Einbruchs in den Frieden der Arbeit anzuschließen. Das deutsche Volk wird dabei in seiner überwältigenden Mehrheit hinter uns stehen.

Rückkehr der Regierung nach Berlin.

Br. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung Ebert-Bauer, soweit sie sich noch in Stuttgart befindet, beabsichtigt heute im Laufe des Tages nach Berlin zurückzukehren.

Br. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat überall dort, wo durch die Umwälzung der letzten Tage Ausschungen von Beamten in Oberpräsidien und Regierungen erfolgt sind, telegraphische Anweisungen ergehen lassen, daß die alten Beamten wieder in ihre Ämter einzusetzen sind. Sämtliche Parteien, auch die Deutschnationalen nehmen den Standpunkt ein, daß dieser Standpunkt der Regierung zu unterstützen ist, da dadurch nur der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden kann.

Roste bleibt!

W. T. B. Stuttgart, 19. März. (Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung nach eingehender Aussprache gegen wenige Stimmen beschlossen, daß der Reichswehrminister Roste auf ihren dringenden Wunsch auf seinem Posten zu verbleiben habe.

W. T. B. Stuttgart, 19. März. (Drahtbericht.) Ebenso wie die sozialdemokratische Fraktion beschloß sie auch das Zentrum und die Demokraten mit den Nationalen die Roste. Auch in diesen Fraktionen kam zum Ausdruck, daß man ein Verbleiben Rostes im Amt begrüße, ja sogar wünschen würde.

W. T. B. Stuttgart, 19. März. (Drahtbericht.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, war Abgeordneter Sachdemann zu seinem Vortrage gegen Roste in der Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart von seiner Fraktion nicht ermächtigt worden. Bereits in der Fraktionssitzung

tem 17. März gab die überwiegende große Mehrheit der Fraktion der Meinung Ausdruck, daß ungeachtet mancher Fehler der Verfassung nicht niemand so wie Roste in der Lage sei, die politischen Schwierigkeiten der Gegenwart zu überwinden.

Eine Warnung und eine Erklärung.

Die heutige „Wiesbadener Zeitung“ gibt ihrem Arger über den misslungenen Kapp-Putsch in einer „Warnung vom Rhein“ Ausdruck, in der sie die letzte Hoffnung, die Verlorene Parteibesprechungen, nicht anders auszuwenden wagt, als sie für nützlich hält, weil sonst die Sonderstaater auch aus anderen einflußreichen Kreisen Zuwachs erhalten könnten. („Dortem lebt noch!“ ruft das Blatt.)

Die „Rheinische Volksvereinsung“ wendet sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in welcher der Vorstand ausführt, daß getreu dem Programm einer föderalistischen Ausgestaltung Deutschlands kein Mitglied der Rheinischen Volksvereinsung daran denke, eine Loslösung der Rheinlande von Deutschland selbst in die Wege zu leiten oder zu unterstützen. Kein Mitglied beabsichtigt die Ausübung der jetzigen Lage zu einem Putsch und jeder Putsch oder jeder Versuch einer Loslösung der Rheinischen Länder von Deutschland wird programmmäßig von der Rheinischen Volksvereinsung aufs schärfste bekämpft werden.

Die Gefahr im Osten.

Br. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie zuverlässige Nachrichten aus Posen melden, soll in Polen ein großer Streik ausgebrochen sein, und zwar veranlaßt durch den Einmarsch der russischen Bolschewisten in Polen. In Wilna und Warschau soll ein Aufbruch vorgenommen sein. Polnische bolschewistische Truppen verbunden mit russischen bolschewistischen Truppen marschierten zur früheren westpreussischen Grenze, wo die ankommenden bolschewistischen Truppenmassen jedoch von polnischen Truppen aufgehalten sein sollen. Nach unbestätigten Meldungen soll die Gefahr für das frühere deutsche Gebiet äußerst groß sein.

Zum Sieg des Deutschtums in der Nordmark.

Von dem Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern ist nach Bekanntwerden des Abstimmungsresultates in der zweiten schlesischen Zone an den deutschen Kommissar in Hohenberg folgendes Telegramm abgegangen worden: Staatskommissar Köster, Hohenberg! Der Sieg der Truppen, den die Deutschen von Schwidow in der zweiten Zone errungen haben, ist ein Lichtblick in dunklen Tagen. Auch in Rot und Gefahr haben die Deutschen in der Nordmark das alte Vaterland nicht verlassen. Ihre Kraft ist der Freiheit und Ordnung. Sie haben dem gekornen deutschen Volk durch diese Dokumentierung ihres Bekenntnisses in seine Zukunft einen großen Dienst geleistet. Der Reichspräsident spricht allen Deutschen, die mitgehen wollen, den Dank des Reiches aus. Reichspräsident (gez.) Ebert. Reichsminister des Innern (gez.) Koch.

Danzig.

W. T. B. Danzig, 19. März. (Drahtbericht.) Der Staatsanwalter für Danzig“ veröffentlicht eine Verurteilung, die die Einsetzung eines in Danzig geborenen Oberprokurators für das Gebiet des künftigen Freistaats Danzig mit dem Sitz in Danzig.

Die Überwachung des Amtes.

W. T. B. Haag, 17. März. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Schapel in der niederländischen Zweiten Kammer antwortete der Minister Bruns unter Hinweis auf ein Schreiben der niederländischen Regierung an die Vorsitzenden der Ersten und Zweiten Kammer, daß der ehemalige deutsche Kaiser der Regierung die Versicherung gegeben habe, er werde sich jeder politischen Aktion enthalten und die Niederlande nicht in politische Schwierigkeiten bringen. Seit dem November 1918 habe die Polizei den Auftrag, den Teil der Provinz Utrecht, der jetzt dem ehemaligen deutschen Kaiser als Aufenthaltsort angewiesen worden sei, und auch Wieringen zu überwachen. Es sei erwogen worden, ob man dem vormaligen Kronprinzen nicht auch einen Aufenthaltsort anweisen könne, ebenso, wie dies durch königlichen Beschluß in bezug auf den Aufenthaltsort des ehemaligen Kaisers gestern geschehen sei.

W. T. B. Haag, 18. März. Wie das Korrespondenz-Bureau meldet, erlät die in der Zweiten Kammer der Abg. Avenstijn, der Aufenthaltsort des ehemaligen Kaisers in den Niederlanden sei ausschließlich für die deutschen Konsuln in den Niederlanden für ihre Vernehmung gewesen. Der Sozialist Dreyfrante, wie die Regierung dem Aufenthaltsort des vormaligen Kaisers und seines Sohnes ein Ende zu bereiten wolle. Minister Bruns sagte, es sei eine Frage, ob die Regierung im Voraus geneigt sei, daß der Kaiser im November 1918 nach den Niederlanden kommen werde. Der Minister hob ausdrücklich hervor, daß bisher aus nicht herangezogenen sei, daß der vormalige Kaiser und sein Sohn an irgend einer politischen Aktion teilgenommen hätten. Bruns erklärte, er könne auf weitere Fragen keine Antwort erteilen, da man noch nicht wisse, was morgen geschehen könnte.

